



Landesärztekammer Baden-Württemberg • Postfach 700361 • 70573 Stuttgart

24.06.2026  
Durchwahl: -8180  
LAEK-Sekretariat@laek-bw.de

Bundesministerium für Gesundheit  
Frau Ministerin Nina Warken

## Offener Brief zum GKV-Sparpaket

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, liebe Frau Warken,

die Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg sehen mit großer Sorge ein wertvolles Gut in Gefahr: unsere solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau.

Vor einigen Tagen musste das Marienhospital Stuttgart Insolvenz anmelden. Mit den rund 760 Betten, 2.000 Mitarbeitenden und etwa 30.000 stationären Behandlungsfällen pro Jahr ist es ein zentraler Baustein der medizinischen Versorgung für Stuttgart, die Region und weit darüber hinaus. Wenn selbst breit aufgestellte Häuser wie das Marienhospital zahlungsunfähig werden, offenbart das die ganze Problematik wie unter einem Brennglas: Wer zuerst kranke Menschen behandelt und nicht primär nach dem Erlös fragt, gerät fast zwangsläufig in die roten Zahlen. Viele kommunale Kliniken haben ein Millionendefizit, das von den Bürgerinnen und Bürgern aus Steuermitteln ausgeglichen werden muss. Auch hier sind die Grenzen des Machbaren vielerorts überschritten.

Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte leiden unter überbordender Bürokratie, ungesteuerten Patientenströmen, schleppender Digitalisierung und stark steigenden Betriebskosten für die Praxisführung. Strukturreformen sind nicht greifbar. Die Vergütungen sollen aber beschnitten werden. Das verschärft die Problematik, dass heute schon viele Praxissitze nicht mehr besetzt werden können.

Sie wissen: Baden-Württemberg hat einen Großteil seiner Aufgaben bereits erledigt. Als Vorreiter in der Telemedizin stehen wir zu einer mutigen Digitalisierung und zu neuen Versorgungskonzepten. Wir haben beste Erfahrungen mit unseren Haus- und Facharztverträgen und mit Versorgungskonzepten unter anderem vom Hausärztinnen- und Hausärzteverband. Mit der Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in enger Kooperation mit den Kliniken und dem Rettungsdienst nimmt Baden-Württemberg bereits heute Teile der geplanten Notfallreform vorweg.

Unsere Universitätskliniken stehen für Exzellenz und wegweisende neue Therapiekonzepte, die vielen Menschen mit schwerwiegenden Diagnosen Hoffnung schenken und oft Jahre in guter Lebensqualität ermöglichen. Das muss auch weiterhin

möglich sein. Die Mittel des Landes dürfen nicht in der Basisversorgung verbraucht werden.

Unsere Kolleginnen und Kollegen in Weiterbildung sind die wichtigste Ressource für die ärztliche Versorgung in der Zukunft. Weiterbildung in Klinik und Praxis braucht Zeit und erfordert Spielräume. Wir hatten Ihnen dieses wichtige Thema bereits Anfang des Jahres persönlich ans Herz gelegt.

Uns eint das Ziel einer nachhaltigen und solidarischen Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau. Hierzu bedarf es weitreichender Reformen, die Sie bereits mutig angehen.

Wir bitten Sie eindringlich, die finanziellen Einschnitte ohne strukturelle Änderungen zu überdenken. Vor allem aber ist die vollständige Refinanzierung der Behandlungskosten für Bürgergeldbeziehende aus dem Bundeshaushalt geboten und überfällig. Wenn die Gesundheitsversorgung nicht mehr sicher erscheint, befördert das das Misstrauen der Menschen gegenüber dem Staat und bereitet den Nährboden für Extremismus und Populismus.

Die Regelversorgung ist die eine – die Zeitenwende die andere drängende Herausforderung. Eine stabile Versorgungslage ist die wichtigste Voraussetzung für Resilienz. Gefährden Sie nicht heute die Ressourcen, die wir morgen dringend benötigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Miller  
Präsident Landesärztekammer Baden-Württemberg

Dr. Jürgen de Laporte  
Präsident der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg

Prof. Dr. Dr. Christof Hofele  
Präsident der Bezirksärztekammer Nordbaden

Dr. Sophia Blankenhorn  
Präsidentin der Bezirksärztekammer Südwürttemberg

Dr. Paula Hezler-Rusch  
Präsidentin der Bezirksärztekammer Südbaden